

**Antrag 307/II/2024****KDV Marzahn-Hellersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AH Fraktion, Landesvorstand (Konsens)****Bezirke retten – keine Verwaltungsreform auf Kosten der Bezirke und damit der Vielfalt Berlins**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats, die SPD-  
 2 Abgeordnetenhausfraktion sowie  
 3 der SPD Landesvorstand, sollen sich dafür einsetzen,  
 4 dass das neue Landesorganisationsgesetz als wesentliche  
 5 Grundlage der Verwaltungsreform nicht in seiner jetzigen  
 6 Fassung beschlossen wird und nur dann durch die SPD Zu-  
 7 stimmung findet, wenn:

- 8
- 9 • die faktische Auflösung der bezirklichen Eigenständi-  
 10 gigkeit aufgehoben wird (Streichung des § 20, Ab-  
 11 satz 2, Nummer 3)
  - 12 • die einzurichtende Einigungsstelle im Land Berlin  
 13 die Kompetenz zur wirklichen Streitschlichtung er-  
 14 hält und deren Urteil nicht durch einen der Verfah-  
 15 rensbeteiligten (Senat) aufgehoben werden kann.  
 16 (Streichung des §30 Absatz 4) Die Einigungsstel-  
 17 le soll vom Senat oder Bezirken bei vermeintlicher  
 18 Übertretung von Befugnissen oder rechtswidrigem  
 19 Verhalten zur Schlichtung angerufen werden kön-  
 20 nen.
  - 21 • es weder zur Einführung des sogenannten „poli-  
 22 tischen Bezirksamtes“ noch „Dezernentenmodells“  
 23 kommt, ohne dass in einem eigenen Landespartei-  
 24 tag dazu debattiert und abgestimmt wird.

25

**26 Begründung**

27 Jeder von uns kennt Beispiele, in denen Verwaltungs-  
 28 prozesse im Land Berlin nicht gut funktionieren. Sei es,  
 29 wenn dringend benötigte Schulbauten 5-6 Jahre benöti-  
 30 gen, wenn für die Errichtung eines Fußgängerüberwegs  
 31 über 20 Verwaltungsschritte durchlaufen werden müssen  
 32 oder es über ein Jahr dauern kann, bevor eine freie Stelle in  
 33 der Verwaltung nachbesetzt werden kann. Diese Zustän-  
 34 de bedürfen der Korrektur.

35 Die ursprünglich von der SPD unter den regierenden Bür-  
 36 germeister:innen Michael Müller und Franziska Giffey in-  
 37 itiierte Reform der Berliner Verwaltung sollte die Verwal-  
 38 tung unserer Stadt nachhaltig verbessern. Prozesse soll-  
 39 ten effizienter, Entscheidungen transparenter und bürger-  
 40 naher sowie notwendige Veränderungen schneller um-  
 41 setzbar sein.

42 Der vom jetzigen Bürgermeister Wegener begonnene Pro-  
 43 zess mit Änderung des Gesetzes für die Zuständigkeiten  
 44 im Land Berlin setzt hier zu kurz an und wird die benann-  
 45 ten Probleme nicht (vollständig) lösen können.

46 Jede Reform und Veränderung muss sich die Frage gefal-  
 47 len lassen, ob sie etwas zur Verbesserung im Verwaltungs-  
 48 handeln oder / und Bürger:innenzufriedenheit beitragen

49 kann. Ein Teil der Änderungen, die jetzt im LOG beschlos-  
50 sen werden sollen und auch vom Landesvorstand der SPD  
51 eingebracht werden sollen (Dezernentenmodell) tragen  
52 dazu nicht bei, sondern dienen lediglich strukturellen Ver-  
53 änderungen: verschieben also Macht und Kompetenzen  
54 ohne bessere Lösungen zu schaffen.  
55 Einige, der hier genannten Änderungen betreffen die  
56 Grundfesten unserer bisherigen demokratischen, plura-  
57 len Praxis in Berlin. Der Wunsch nach Zentralisierung und  
58 Machthäufung mag aus Sicht einiger, wünschenswert  
59 sein. Es fehlt aber nicht nur jeder Nachweis, dass damit  
60 Probleme reduziert würden, sondern diese Bestrebungen  
61 führen selbst zu Problemen an anderer Stelle.